



Herrn Bundeskanzler  
Gerhard Schröder  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt Str. 1

10557 Berlin

Elberfelder Str. 77  
42853 REMSCHEID  
Postfach 10 03 62  
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-21  
Telefax 0 21 91/4 38-79  
e-mail fwi@werkzeug.org  
Internet www.werkzeug.org

13. Februar 2004  
LI/Re

## Reformen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Unternehmen und Arbeitsplätze der deutschen Werkzeugindustrie stehen — wie viele mittelständische Branchen — in extrem hartem, internationalem Wettbewerb.

- Über die Hälfte aller deutschen Werkzeuge werden exportiert. Umgekehrt werden 62% des deutschen Bedarfs an Werkzeug importiert. *(Quelle: Fachverband Werkzeugindustrie e. V., FWI)*
- Hochwertiges deutsches Werkzeug ist sehr arbeitsintensiv: Die deutsche Werkzeugindustrie hat Personalkosten von 37% vom Umsatz. (Zum Vergleich: Die deutsche Automobilindustrie ca. 18% v.U.). *(Quelle: FWI, Stat. Jahrbuch 2002)*
- Die Werkzeugindustrie ist extrem konjunkturabhängig: Die Tatsache, dass seit 1991 in Deutschland 15,1% aller Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe vernichtet worden sind, während im Rest der EU 8,8% geschaffen worden sind, hat unseren Heimatmarkt gravierend negativ beeinflusst. *[Quelle: Stat. Jahrbuch 2002/1994]*
- Wie wichtig wirtschaftliches Wachstum für eine mittelständische Branche wie die unsere ist, zeigt auch der Vergleich mit der amerikanischen Werkzeugbranche: Bei einem Wachstum der US-Wirtschaft von 1991 bis 2000 von 65% wuchs die amerikanische Werkzeugbranche um 75%, die deutsche um 13% - bei einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von nur 15%. Dies, obwohl unsere amerikanischen Konkurrenten von der Werkzeugqualität "Made in Germany" wirklich nur lernen können.

Nun haben Sie, Herr Bundeskanzler, im Jahr 2003 energisch Reformen angestoßen, was wir sehr begrüßen.

Als Mitarbeiter und Unternehmer der mittelständischen Wirtschaft sind wir jedoch der Meinung, daß dies nur ein Anfang sein kann.

- Die Steuern sinken in diesem Jahr auf 16 - 45%, im nächsten Jahr sollen es 15 - 42% werden.  
Angesichts eines Eingangssteuersatzes von 10% — z.B. in Großbritannien oder den USA — und eines Spitzensteuersatzes von 19% — z.B. im EU-Beitrittsland Slowakei — sind diese Steuersätze im internationalen Wettbewerb immer noch bei weitem zu hoch.  
Ganz zu schweigen vom Solidaritätszuschlag in Deutschland, der ja nichts anderes ist als eine Erhöhung der Einkommensteuer um 5,5%.
- Die Lohnnebenkosten sollen durch Einschnitte bei Renten- und Krankenkassenbeiträgen stabil gehalten werden: Sie sind aber immer noch die höchsten in Europa.
- Warum will der Staat unsere mittelständischen Betriebe nun auch noch mit Ausbildungsabgaben belasten, während er selbst nicht in der Lage ist, hinreichend Studienplätze bereitzustellen?
- Warum bezahlen diejenigen von uns, die nie studiert haben und vielleicht auch gar keine Kinder haben, mit ihren Steuergeldern für Universitäten, die noch dazu international keinen besonderen Ruf haben?
- Warum werden unsere Betriebe noch zusätzlich mit einer "Gewerbesteuer" bestraft, die es so in anderen Ländern nicht gibt?
- Warum finanzieren diejenigen von uns, die zur Miete wohnen, die "Eigenheimzulage" (meist besser verdienender) Kollegen mit?
- Warum soll der, der in der Nähe des Arbeitsplatzes wohnt, die "Entfernungspauschale" des Managers mitbezahlen, der sein Häuschen im Grünen hat?
- Warum sollen wir als Beschäftigte und Unternehmer im produzierenden Mittelstand jedes Jahr mit unseren Steuergeldern Milliardensubventionen z.B. im Steinkohlebergbau oder in der Landwirtschaft mittragen und finanzieren helfen?

Alle diese "Sünden" belasten uns als Arbeitnehmer und Betriebe im deutschen Mittelstand mit dem Ergebnis, dass wir gegenüber unseren internationalen Wettbewerbern, die diese Belastungen nicht haben, an Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit seit vielen Jahren immer mehr verloren haben und weiterhin verlieren. Nur über wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für das mittelständische verarbeitende Gewerbe ist das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland zu lösen: Hätten wir die Arbeitsplätze in diesen Branchen analog um 8,8% erhöht wie der Rest der EU, so hätten wir 3,4 Millionen weniger Arbeitslose in Deutschland.

Solange in Deutschland aber von jedem zusätzlich verdienten Euro 65,6% an den Staat abgeführt werden (in USA nur 38,6%), werden mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze in Deutschland nicht stattfinden. [Quelle: Hans W. Sinn "Die rote Laterne"]

Und die Schwarzarbeit wird trotz Strafandrohung und Tausender zusätzlicher Polizisten weiter blühen.

Deshalb, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sind wir unseres Erachtens erst am Anfang der Reformen in Deutschland. Und: Es muß schneller gehen. Sonst werden viele weitere Arbeitsplätze in der deutschen Werkzeugindustrie und im produzierenden Mittelstand vernichtet sein!

Deshalb fordern wir und bitten Sie, sich einzusetzen für:

- Stoppen Sie den Subventionswahnsinn: 150 Milliarden Euro an Subventionen belasten die Steuerzahler jährlich!
- Weiter runter mit Steuern und Abgaben, um mehr Wachstum und Wohlstand für alle zu schaffen!
- Wer die Musik bestellt, soll dafür zahlen (Universitäten, Eigenheime, Theater, Schwimmbäder, Rennstrecken etc.)!
- Für mehr Wachstum und Chancengleichheit der Arbeitsplätze im deutschen Mittelstand: Denn wir stellen nahezu 70% aller Arbeitsplätze und den größten Teil der Ausbildungsplätze in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.  
Der Geschäftsführer



Langelüdecke

*für die Unternehmer und Beschäftigten der deutschen Werkzeugindustrie*

P.S.

Wir haben in den vergangenen Wochen diesen Brief als Entwurf unseren Mitgliedsfirmen zur Veröffentlichung in ihren Belegschaften gegeben. Binnen kurzer Zeit haben mehrere hunderte von Arbeitnehmern durch ihre Unterschrift ihre Solidarität mit diesem Schreiben bekundet. Es sind Mitarbeiter aus der Schmiede, der Lehrlingswerkstatt, im Versand, an der Laderampe, im Außendienst und in leitenden Stellungen.

Es sind die Bekundungen von Menschen, die als sogenannte "einfache Leute", in der mittelständischen Industrie beschäftigt, eine konsequente und zukunftsorientierte Politik erwarten.